

Die Wahlprüfsteine der Freien Berufe

Mit zehn Wahlprüfsteinen fühlt der Verband Freier Berufe in Bayern (VFB) der Politik vor der Bundestagswahl im September auf den Zahn. Er präsentiert ein Wahlkurzprogramm aus Sicht der Freien Berufe. Vom Arbeitsrecht bis zur Steuerreform hat Generalsekretär Peter Knüpper knapp zusammengestellt, was die Freien Berufe von den Volksvertretern erwarten, um Deutschland aus der Krise zu führen: Ein Programm, das klare Orientierung bietet, das unmissverständlich die Dinge auf den Punkt bringt und das auf unrealistische Forderungen und Schönwetter-Rhetorik verzichtet.

Ende des Schulden-Staates

Die demografische Entwicklung erlaubt keine Neuverschuldung. Das Nachhaltigkeitsprinzip muss auch in der Finanzpolitik gelten. Die Freien Berufe fordern nach bayerischem Vorbild auch im Bund eine Verfassungsänderung gegen die Neuverschuldung und favorisieren eine stärkere Privatisierung, deren Mittel schwerpunktmäßig in Wissenschaft und Forschung investiert werden sollen.

Steuerreform

Die Freien Berufe wollen eine Einkommenssteuersenkung bei gleichzeitigem Abbau von Vergünstigungen. Personengesellschaften sollen steuerlich mit Körperschaften gleichbehandelt werden. Die Gewerbesteuer für Freie Berufe lehnen sie ab, fordern hingegen eine Reform der Erbschaftssteuer. Eine Ausweitung der Vermögenssteuer soll es nicht geben.

Reform der Sozialversicherung

Die flächendeckende Versorgung im Gesundheitswesen darf für die Freien Berufe nicht in Frage stehen. Ein deutliches Ja formuliert der VFB zum Prämienmodell in der Gesetzlichen Krankenversicherung. „Ja“ sagt er auch zur Privaten Krankenversicherung und spricht sich für die Reduzierung der Arbeitslosenversicherung aus. Wenn die gesetzliche Unfallversicherung nicht abgeschafft wird, favorisiert der Verband deren Privatisierung. Er spricht sich außerdem für eine Stärkung der Künstlersozialkasse, in der zahlreiche Freiberufler organisiert sind, aus. Der Erhalt der berufsständischen Altersversorgung ist aus der Sicht des VFB notwendig und unverzichtbar.

Arbeitsrecht

Die Freien Berufe in Bayern fordern von der Politik eine Novellierung des Kündigungsschutzes und des Tarifrechts. Sie plädieren dafür, Arbeitnehmer bei Kündigung im Zweifelsfall abzufinden statt weiter zu beschäftigen. Eine Mitbeteiligung halten sie für sinnvoller als die derzeitige Mitbestimmung und sprechen sich gegen eine Verdrängung qualifizierter Arbeitskräfte durch Ein-Euro-Jobs aus.

Verwaltungsreform

Der VFB setzt sich für eine konsequente Entstaatlichung überall dort ein, wo Freie Berufe mit qualifiziertem Leistungsangebot auf dem Markt sind. Das gilt zum Beispiel für das Vermessungswesen oder die Tätigkeit freiberuflicher Biologen. Die Aufgaben der Kommunen gehören nach Meinung des VFB auf ein notwendiges Maß begrenzt. Eine Konkurrenz zwischen Kommunen und Freien Berufen hält der Verband für nicht zielführend.

Deregulierung

Nach dem Willen des VFB sollen Unternehmungen bis zu einer Zahl von zwanzig Mitarbeitern entlastet werden, etwa im Bereich Arbeitsschutz. Auch eine Reduzierung der Statistikpflichten hält der Verband für notwendig. Damit einhergeht die Forderung nach einer Entbürokratisierung auch im Sozial- und Gesundheitssektor. Andererseits dürfe die viel beschworene Forderung nach Qualitätssicherung nicht dazu führen, dass freiberufliche Büros Standards nicht mehr erfüllen können, wie am Beispiel der Wasserwirtschaft ersichtlich.

Selbstverwaltung

Der VFB spricht sich mit Nachdruck für eine berufsständische Selbstverwaltung aus und vertritt die Auffassung, dass die Selbstverwaltung deutlich gestärkt werden muss.

Bildung, Wissenschaft, Kunst und Innovationen müssen nach Auffassung des VFB stärker gefördert und unterstützt werden. Die Politik sollte außerdem dafür sorgen, dass eine qualifizierte Ausbildung in den Freien Berufen gewährleistet bleibt und wird. Deshalb setzt

sich der Verband auch für eine Optimierung der akademischen Bildungsangebote ein und sagt ein klares „Ja“ zu Studiengebühren. Die Studienreform dürfe aber nicht zu Lasten der Qualität gehen, weshalb Universitätsstudiengänge auch nicht auf Fachhochschulniveau angesiedelt werden sollen. Der Verband sieht es außerdem als notwendig an, dass der Staat die Kulturförderung als staatliche Gesamtaufgabe effektiver gestaltet.

Europa

Der VFB fordert, dass im Antidiskriminierungsgesetz nur europäische Mindeststandards umgesetzt werden. Der von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf geht demzufolge mit seinen bürokratischen und wirtschaftshemmenden Folgewirkungen viel zu weit. Die europäische Dienstleistungs-Richtlinie begrüßt der Verband im Grundsatz. Er sagt „Ja“ zu mehr Wettbewerb bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen, warnt aber davor, auf die wertvollen Errungenschaften des Verbraucherschutzes zu verzichten. So lehnt er zum Beispiel den Arzneimittelversandhandel über Internet-Apotheken als viel zu riskant und verbrauchergefährdend ab.

Selbstverantwortung

Freie Honorargestaltung gehört nach Überzeugung des Verbandes zum Freien Beruf. Dazu gehört auch der Anspruch auf angemessene Honorierung aller Freien Berufe. Bayerns Freiberuflerverband betrachtet die Freien Berufe außerdem als Modell für eine Gesellschaft, in der Leistung, Qualität und Verantwortung eine Symbiose eingehen. In diesem Gesellschaftsmodell zählen Werte, die den Zielen von Innovation und Wachstum nicht entgegenstehen, die aber auch einer gesellschaftspolitischen Verantwortungsethik gerecht werden und nicht einen kalten Neoliberalismus propagieren.

Im Internet sind unter www.freiberufebayern.de immer aktuelle Nachrichten aus dem Verband Freier Berufe in Bayern e. V. und seinen Mitgliedsverbänden zu finden. Der Newsletter des Verbandes kann auch als E-Mail abonniert werden.